

791 Festnahmeersuchen der Türkei an Deutschland

Aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE geht hervor, dass das Bundeskriminalamt durch das AKP-Regime um die Festnahme von 791 Personen seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 ersucht worden ist.

Immer wieder versucht die Türkei weltweit Oppositionelle durch Haftbefehle per Interpol festnehmen zu lassen. Interpol hat seit dem Jahr 2014 bei 130 von ihr verbreiteten Fahndungsaufrufen diese wieder wegen Missbrauch zur politischen Verfolgung zurückziehen müssen. Der europapolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Linken, Andrej Hunko, geht davon aus, dass „ein Großteil dieser zurückgenommenen Fahndungen sich auf die Türkei, die Ukraine und Spanien bezieht. Die Länder sind bekannt dafür, dass sie Interpol zur Verfolgung der Opposition benutzen.“

In mindestens fünf Fällen erhält das Bundeskriminalamt den Haftbefehl trotz Rücknahme von Interpol aufrecht. Die Bundesregierung weigert sich „aus Gründen des Staatswohls“ die Staaten zu nennen, deren Ersuchen gescheitert sind. Die

„Vertraulichkeit im Fahndungsverkehr“ werde gefährdet. Daher ist es kaum zu ermitteln, um welche Länder es sich hierbei handelt.

Laut der aktuellen Kleinen Anfrage Hunkos hat das Bundeskriminalamt seit dem 15. Juli 2016 848 Fahndungsersuchen von den türkischen Behörden erhalten. Davon sind 791 Festnahmeersuchen (Red Notice) und 57 Aufenthaltsermittlungen (Blue Notice). Das BKA ist für die Prüfung der Fahndungsersuchen zuständig. Bei wie vielen Fahndungsersuchen Interpol nachträglich um die Rücknahme wegen politischer Verfolgung ersucht hat, bleibt aufgrund der möglichen Beeinträchtigung der auswärtigen Beziehungen das Geheimnis der Bundesregierung.

Andrej Hunko kommentiert diesen Vorgang: „Einige der Fahndungen wurden durch Interpol wieder zurückgenommen, auch die nationalen Zentralstellen wurden zur Löschung aufgefordert. Mir ist bekannt, dass das Bundesamt für Justiz und das Auswärtige Amt solche annullierte Ausschreibungen trotzdem als nationale Haftbefehle in das deutsche

INPOL-System übernehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass hierzu keine Statistiken geführt werden. Ich will wissen, wer in Deutschland zur Festnahme gesucht wird, obwohl Interpol vor politischer Verfolgung warnt.“

35 Fälle politischer Inhaftierung deutscher Staatsbürger in der Türkei

Der Bundesregierung sind seit dem 15. Juli 2016 35 Inhaftierungen deutscher Staatsbürgerinnen in der Türkei bekannt. 16 von ihnen seien nur vorübergehend in die Türkei gereist. Nach Angaben der Bundesregierung befinden sich sieben Personen aus diesem Kreis immer noch in der Türkei in Haft.

80.000 weitere Fahndungsersuchen werden von Interpol überprüft

Interpol hat weitere 80.000 ältere Fahndungsersuchen auf Missbrauch zur politischen Verfolgung überprüft. Die Bundesregierung deckt darüber jedoch den Mantel des Geheimnisses, um außenpolitischen Konsequenzen zu entgehen.

ANF 20.9., ISKU

Deutsche Bewaffnung für Killerdrohnen des türkischen Militärs

Die Köpfe der Raketen, mit der die bewaffneten Drohnen des türkischen Militärs ausgestattet werden, sind vom deutschen Waffenproduzenten TDW entwickelt und ihre Produktionslizenz an die Türkei verkauft worden. TDW erhielt für die Pläne des sogenannten „Killer-Raketensystems“ fast 300.000 Euro von der Türkei.

Die Bundesregierung hatte nach der völkerrechtswidrigen Besetzung Efrins erklärt, die Waffenverkäufe in die Türkei seien reduziert worden. Jedoch agierte die Bundesregierung angesichts breiter Aufrufe zu einem Waffenembargo gegen die Türkei rein symbolisch. Die „Waffenfreundschaft“ zwischen Berlin und Ankara vertiefte sich in den letzten Wochen und Monaten sogar noch weiter. Dies zeigt zum Beispiel die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Waffenlieferungen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2018.

Pläne für „Raketen aus regionaler Produktion“ stammen aus Deutschland

In der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf die Anfrage heißt es, es seien zwei Abkommen über Waffenlieferungen zwischen der Firma TDW und dem türkischen Staat genehmigt worden. Beide Verträge hatten ein Volumen von insgesamt 290.000 Euro.

TDW ist einer der europäischen Entwickler von Raketensystemen. Er ist ein Ableger der in Frankreich und Italien aktiven Firma MBDA. Nach Recherche von ANF hat TDW mit Genehmigung der Bundesregierung die Aufgabe zum Entwurf der Gefechtsköpfe der von der Erdoğan Regierung als „regional produziert“ bezeichneten OMTAS-Raketen übernommen.

Durch die von TDW entwickelten Gefechtsköpfe können die OMTAS-Raketen nun auch durch Drohnen des türkischen Militärs getragen werden und

sind nach Angaben von TDW in der Lage, bewegliche Ziele auf die Entfernung von vier Kilometern Tag und Nacht zu treffen. Sie wurden von TDW mit der Eigenschaft ausgestattet, das Ziel noch nach dem Abschuss zu wechseln.

„TDW produziert Killer-Raketen“

Die OMTAS-Raketen können sowohl von einem Tripod als auch von Drohnen abgefeuert werden. TDW wird von Friedensaktivisten in Deutschland scharf für seine Unterstützung der Produktion von „Killer-Raketen“ für die Türkei und andere Diktaturen angegriffen. Diese Raketen ermöglichen direkte extralegale Hinrichtungen durch Drohnen. Die Firma TDW mit Sitz in Schrobenhausen in Bayern verkauft die Lizenzen für die Gefechtsköpfe immer wieder an ausländische Firmen, darunter das türkische Unternehmen ROKETSAN.

Mit der Bezahlung der Lizenz-

Meldungen

Erneute Waldbrände nach Bombardierung in Dersim
Erneut sind nach Bombardierungen durch die türkische Luftwaffe Waldbrände in Dersim ausgebrochen. Betroffen sind der Berg Zel in Nazimiye sowie die Region Kutuderesi. Seit gestern greifen die Flammen um sich, Löschversuche finden nicht statt.

ANF 21.9., ISKU

Familien aus Idlib nach Efrin transferiert

Wie die Nachrichtenagentur ANHA berichtet, sind Familien aus Idlib von den türkisch-dschihadistischen Besatzungstruppen in Privathäusern im Dorf Kokana im Bezirk Mabetta untergebracht worden. Für die Umsiedelung wurden drei Familien aus dem Dorf mit Gewalt vertrieben.

Bei den Vertriebenen handelt es sich um die Familien von Hec Hisên, Hecî Subhî und Hecîka.

ANF 20.9., ISKU

Türkischer Geheimdienst aktiv in PDK-Stützpunkten

Neben den verschiedenen Kasernen und Militärposten, über welche die Türkei selbst in Südkurdistan verfügt, agiert der türkische Geheimdienst MIT in der Region auch aus den Militärposten der PDK heraus. Wie die Nachrichtenagentur ANF in Erfahrung bringen konnte, kann der MIT auf diese Weise vom iranischen Grenzposten Hacı Umran bis zum Korek-Berg problemlos agieren. Auch die Militärposten der PDK auf dem Rola-Hügel sowie in den Gebieten Kôliter, Mamê Rut, Berdezerdan und Şêrawaz werden vom MIT genutzt.

Die an Sidar Barzani angebotenen Zêrevani-Peschmerga haben demnach am Korek-Berg gleich eine ganze Reihe von Militärposten dem MIT überlassen. Diese Posten werden gleichzeitig als Zentrum der türkischen Geheimdienstaktivitäten in Südkurdistan genutzt.

Brisant ist auch die Information, wonach der türkische Geheimdienst am irakisch-iranischen Grenzposten Hacı Umran frei agieren kann. Unweit dieses Kontrollpunkts, der der PDK untersteht, befindet sich auch ein Kontrollzentrum der iranischen Kräfte.

ANF 19.9., ISKU

Erdoğan in Sotschi: Das eigentliche Ziel sind die Kurden

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin haben am 17. September in Sotschi die Einrichtung einer „entmilitarisierten Zone“ in Idlib angekündigt. Putin erklärte, das Gebiet werde eine Größe von 15 bis 20 Quadratkilometern haben: „Wir haben sehr wichtige Einigungen erzielt. Al-Nusra wird sich aus dem Gebiet zurückziehen, die oppositionellen Gruppen werden sich mit ihren schweren Waffen zurückziehen“, so Putin. Eine Großoffensive werde nicht stattfinden.

Erdoğan erklärte hingegen, die „Oppositionellen“ würden in der

Region verbleiben, zwischen den Gebieten unter ihrer und denen unter syrischer Kontrolle werde eine entmilitarisierte Zone eingerichtet. „Die Oppositionellen werden weiter in ihren jetzigen Gebieten bleiben. Im Gegenzug werden wir dafür sorgen, dass die radikalen Gruppen in diesem Gebiet nicht aktiv werden. Russland wird die notwendigen Maßnahmen treffen, damit keine Angriffe auf das befriedete Gebiet stattfinden. Russland und die Türkei werden an den Grenzen der entmilitarisierten Zone koordinierte Patrouillentätigkeiten durchführen. Ich glaube, dass wir eine humanitäre Krise in Idlib verhindert haben.“

„Die eigentlichen Terroristen sind PYD und YPG“

Weiter erklärte Erdoğan: „Wir haben darauf hingewiesen, dass die Gebiete, in denen in Syrien Terroristen existieren, nicht auf Idlib beschränkt sind. Die eigentliche Struktur sind PYD und YPG. Die größte Gefahr für Syriens Zukunft lauert in den Terrornestern östlich des Euphrat. Mit ‚Schutzschild Euphrat‘ und der Operation Olivenzweig haben wir wichtige Schritte gesetzt. Ähnliche Schritte müssen auch für die Gebiete gesetzt werden, die sich in der Hand der PYD und YPG befinden.“

ANF 18.9., ISKU

Berkin Elvans Mörder bleibt frei

Im Prozess um den Tod des vierzehnjährigen Berkin Elvan während der Gezi-Proteste im Jahr 2013 in Istanbul ist der Erlass eines Haftbefehls gegen den angeklagten Polizisten Fatih Dalgali abgelehnt worden.

Der vierzehnjährige Berkin Elvan war am 16. Juni 2013 während der Gezi-Proteste in der Türkei im Istanbul Stadtteil Okmeydanı von einer Tränengas-Granate am Hinterkopf getroffen worden und nach neunmonatigem Koma an der ihm durch einen Polizisten zugefügten Verletzung gestorben. An seiner Trauerfeier hatten hunderttausende Menschen teilge-

nommen.

An dem heutigen Verhandlungstag vor einem Istanbul Gericht nahmen die Familie von Berkin Elvan sowie die Anwälte des angeklagten Polizisten teil. Die Verhandlung wurde von den HDP-Abgeordneten Hüda Kaya, Garo Paylan und Meral Daniş Beştaş beobachtet. Der Verhandlungssaal wurde mit Polizeigittern abgesperrt.

Die als Zeugen geladenen Polizisten machten nichtssagende Aussagen. Einen Haftbefehl gegen den Angeklagten lehnte das Gericht ab.

Berkins Mutter Gülsüm Elvan erklärte vor Gericht: „Ich habe mein Kind zum Brot-

kaufen geschickt und bekam sein blutiges Hemd zurück. Hier wird nicht gegen die Person verhandelt, die für den Tod meines Kindes verantwortlich ist. Stattdessen wird gegen die Anwälte meines Kindes verhandelt, es wird gegen die Menschen verhandelt, die wie Berkay Ustabas an der Trauerfeier für mein Kind teilgenommen haben. In diesem Land werden Kinder ermordet. Die einen werden zu Gefallenen erklärt, die anderen zu Terroristen. Es reicht, wir sind genug gefoltert worden.“

Die Verhandlung wurde auf den 28. November vertagt.

ANF 19.9., ISKU

→ Deutsche Bewaffnung für Killerdrohnen des türkischen Militärs

gebührt kann der türkische Staat mit der Technologie von TDW so viele Raketen produzieren, wie er will. Mit dieser Methode können deutsche Firmen leicht und ohne die Kontrolle der Bundesregierung Geld verdienen. Das Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit (BITS) weist in seinem Report über die Waffen- und Munitionsexporte unter deutscher Verantwortung ebenfalls auf TDW hin. In dem Bericht ist die Rede von dem Beitrag in Deutschland produzierter und entworfener Waffen zum Tod von vielen Menschen weltweit, wobei insbesondere die Firma TDW dabei eine wichtige Rolle spielte. Die von dieser Firma ent-

wickelten Lenkraketen besitzen bunkerbrechende Eigenschaften und würden daher den Tod von noch mehr Menschen herbeiführen.

Lizenz aus Deutschland – Produktion in der Türkei

Nun ist bekannt geworden, dass die neue Merkel-Regierung zwischen dem 14. März und dem 30. Juni 2018 fünf Waffenverkäufen im Wert von 418.279 Euro zugestimmt hat. Zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 13. März 2018, also der Phase des völkerrechtswidrigen Angriffs und der Besetzung von Efrin, hat die Bundesregierung 34 Waffenverkäufen im Wert von

zehn Millionen Euro an die Türkei zugestimmt. Im vergangenen Jahr wurde 138 Waffenverkäufen an das Regime in Ankara im Wert von 34 Millionen Euro zugestimmt. Im Jahr 2016 lag diese Zahl bei 83,9 Millionen Euro. Ohne Zweifel ist der Grund für die sichtbare Abnahme der Waffenverkäufe an das Erdoğan-Regime nicht die Furcht vor der Kritik aufgrund der Unterstützung des immer repressiver agierenden türkischen Staates. Es heißt, die meisten Exporte seien durch Lizenzabkommen wie das mit TDW ersetzt worden. Aufgrund der Steigerung der eigenen Waffenproduktion habe die Türkei daher die Importe zurückgefahren. ANF 17.9., ISKU

Bundesweite Erdoğan-Proteste am Samstag

Am 22. September beginnt der Protestmarathon gegen den Deutschland-Besuch des türkischen Staatschefs Erdoğan. In acht Städten finden Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Berlin: 17.30 Uhr Hermannplatz
Hamburg: 15 Uhr Altona (Mercado)
Bremen: 15 Uhr Hauptbahnhof
Hannover: 14 Uhr Opernplatz

Düsseldorf: 13 Uhr Hauptbahnhof
Essen: 16 Uhr Hauptbahnhof
Frankfurt: 15 Uhr Hauptbahnhof
Stuttgart: 15 Uhr Lautenschlagerstraße
Bielefeld: 15 Uhr Hauptbahnhof

Kriegsdienstverweigerin Meral Geylani vor Gericht

Wegen eines Beitrags in den sozialen Medien steht die Friedensaktivistin und Kriegsdienstverweigerin Meral Geylani unter dem Vorwurf „Entfremdung der Bevölkerung vom Militär“ vor Gericht. Das Verfahren wurde zwecks Aufnahme von Geylanis Aussage vom Strafgerichtshof in Qilaban (Uludere) in der nordkurdischen Provinz Şırnak (Şırnak) an die 23. Strafkammer in Antalya übergeben.

Geylani erklärte am Mittwoch, sie erkenne den Vorwurf der „Entfremdung der Bevölkerung vom Militär“ nicht als Straftatbestand an: „In meinen Beiträgen verteidige ich das Leben und nicht den Tod und das Sterben. Insbesondere wir Frauen sollten bei der Verteidigung von Lebens und Existenz eine Vorreiterinnenrolle spielen.“ Ihre Beiträge seien Ausdruck ihrer Meinungsfreiheit, so Geylani weiter. Sie sehe es als keine Straftat an, gegen den Krieg zu sein und fordere Freispruch. Der Prozess soll am 28. Februar 2019 fortgesetzt werden.

ANF 20.9. ISKU

Termine

22. September, 19:00 Uhr

Berlin, Biergarten Jockel
Filmabend der Städtepartnerschaftsverein Friedrichshain-Kreuzberg-Dèrik
„My Paradise“

26. September, 17:00 Uhr

Ehem. Rathaus Kreuzberg
Ausstellungseröffnung: Fotografie im Ausnahmezustand

27. September

Falkenheim Gerresheim
Die Kriminalisierung des kurdischen Widerstands

28. September

Berlin, 16:00 Uhr
Anti-Erdogan Demo

29. September

Köln,
Anti-Erdogan Demo

6./7. Oktober

Frankfurt a. M.
Int. Frauenkonferenz

20. Oktober

Karl-Liebknecht-Haus, Berlin
Konferenz: 25 Jahre PKK-Verbot

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur